

Bremen baut am Bedarf vorbei

Studie: Zu viele Eigenheime / Grüner Senator kontert

VON MARTIN WEIN

Bremen. Während Bremens SPD und CDU unisono einen massiven Wohnungsneubau für dringend nötig halten, kommt überraschende Entwarnung aus Köln. Das dort beheimatete Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) weist in einer aktuellen Studie grundsätzlich keinen Mehrbedarf für die Hansestadt aus. Anders als in anderen deutschen Metropolen mit teils erheblichem Wohnungsmangel seien in Bremen 2014 sogar zwölf Prozent mehr Wohnungen genehmigt worden als benötigt würden, berichten die Ökonomen Michael Voigtländer und Ralph Henger in einer im September veröffentlichten Analyse für alle Kreise und kreisfreien Städte.

Bis zum Jahr 2030 müssen nach ihren Berechnungen in Bremen 1056 alte Wohnungen ersetzt beziehungsweise neu errichtet werden. Tatsächlich entstanden 2014 aber 1183 Wohnungen. Und in diesem Jahr hat die Bautätigkeit, angeheizt durch das niedrige Zinsniveau und den Mangel anderer Anlagelösungen, weiter zugenommen. Von Januar bis Juli stieg die Zahl der Baugenehmigungen in Bremen nach Angaben des Landesamtes für Statistik im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 55 Prozent. 1001 Wohnungen wurden genehmigt, 646 waren es im Vorjahr. Bausenator Joachim Lohse (Grüne) rechnet für das Gesamtjahr 2015 deshalb mit rund 2200 Wohnungsneubauten. „Nach der GEWOS-Studie gehen wir von einem jährlichen Bedarf an 1300 Wohnungen aus. Es macht aber Sinn, die aktuelle verstärkte Nachfrage Bauwilliger auch zu bedienen“, betont Lohse. Anders hingegen der Trend in Bremerhaven, wo im laufenden Jahr mit 74 Wohnungen 44 weniger als im ersten Halbjahr des Vorjahres genehmigt wurden.

In Niedersachsen war der Zuwachs mit plus 14 Prozent dagegen vergleichsweise gering. Vor allem in den Großstädten gibt es dort Nachholbedarf. So lagen Oldenburg mit minus zehn Prozent, Hannover mit minus 28 Prozent und Osnabrück mit minus 31 Prozent sogar klar unter dem berechneten Mehrbedarf. In den meisten Landkreisen wird hingegen deutlich zu viel gebaut. Besonders stark betroffen sind hiervon im Nordwesten die Landkreise Rotenburg mit 80 Prozent, Cuxhaven mit 105 Prozent und Friesland mit 128 Prozent über dem vermuteten Bedarf. „Kommunen auf dem Land versuchen durch neue, günstige Bauflächen mehr Unternehmen und Einwohner zu gewinnen. In Kombination mit geringen Zinsen sorgt das dort für eine zu hohe Bautätigkeit. Zugleich zieht es immer mehr Menschen – egal ob Studenten, Zuwanderer oder jüngere Senioren – in die Großstädte, wo Bauland knapp ist“, fassen die IW-Forscher ihre Erkenntnisse zusammen.

Wie die amtliche Neubau-Statistik weiter zeigt, sind es auch in Bremen vor allem Privatleute, die ihr Kapital in Eigenheime zur Selbstnutzung stecken. Die Zahl der neu genehmigten Einfamilienhäuser hat sich im Jahresvergleich der ersten Halb-

jahre in Bremen von 187 auf 430 mehr als verdoppelt. Klassische Mehrparteienhäuser mit mehr als drei Wohnungen wurden im ersten Halbjahr 2015 hingegen nur 31 genehmigt (20 waren 2014). So entstehen 510 neue Wohnungen. Sogar gegenläufig ist zumindest kurzfristig die Entwicklung bei den Wohnheimen. Entstanden im ersten Halbjahr 2014 darin 161 neue Plätze, so wurden in diesem Jahr nur 41 neue Plätze genehmigt.

Auch wenn in Bremen nach Ansicht der Kölner Forscher – anders als in Hamburg, München oder Berlin – eher zu viele als zu wenige Wohnungen gebaut werden, so wird damit der Bedarf an günstigen Bleiben allerdings nicht gedeckt. Beim Studentenwerk Bremen hat sich die Zahl der Wohnungssuchenden in diesem Herbst im Vergleich zu 2014 auf 1000 Personen verdoppelt. „Es fehlt ganz klar an günstigem Wohnraum. Mit 670 Euro Bafög können sie nicht 450 Euro Warmmiete zahlen“, sagt der stellvertretende Geschäftsführer Hauke Kieschnick. Mit Wohnheim-Zimmern für lediglich 6,6 Prozent der Studierenden liege Bremen im Ländervergleich auf dem letzten Platz. Aufgrund der Bauauflagen sei es günstiger, große Wohnungen zu bauen, statt der benötigten kleineren Apartments, erklärt Stefan Brauckmann vom bundesweit tätigen Immobilienentwickler GBI. In einer Studie hat Brauckmann sich jüngst mit dem Wohnraumbedarf Studierender befasst. „Hier ist ein Umdenken in den Stadtverwaltungen nötig.“ In Turnhallen oder auf der Straße müssen Studierende in Bremen aber nicht leben. Mit dem obligatorischen Semesterticket können sie aus den Nachbargemeinden kostenlos einpendeln.

In absehbarer Zeit könnte der Bedarf an günstigen Wohnungen weiter wachsen, wenn möglicherweise Tausende Asylbewerber nach ihrer Zeit in der Erstaufnahmeeinrichtung in Bremen ein dauerhaftes Quartier suchen. Die Forderung nach neuen Stadtteilen weist Bausenator Lohse dennoch zurück. „Allein durch Innenraumverdichtung können wir bis zu 20000 neue Wohnungen schaffen. Für einen Teil der infrage kommenden Grundstücke besteht schon Baurecht oder sie sind sogar bereits erschlossen.“ So könne der Bedarf am schnellsten gedeckt werden. Mit dem Wohnungsbauförderprogramm II ständen seit Februar 40 Millionen Euro Fördergelder zur Verfügung. Die Bauherren verpflichten sich dabei, mindestens ein Viertel sozialen Wohnraum zu schaffen.

Den wachsenden Druck aus der Politik auf die überwiegend bremische Wohnungsbaugesellschaft Gewoba, ihre Rücklagen in Höhe von derzeit 279 Millionen Euro verstärkt für Neubauten zu nutzen, sieht Lohse deshalb kritisch. Laut ihren Statuten sei die Aktiengesellschaft zu einer jährlichen Rendite von vier Prozent verpflichtet. Sie könne also nur Häuser bauen, die sich auch rechnen. Mit dem Neubauprojekt Marcuskaje würden aber Ende des Jahres bereits 250 erste neue Wohnungen bezugsfertig. **Kommentar Seite 2**



Der Himmel über dem Fallturm zeigt sich auf diesem Bild farbenprächtig wie selten. Physiker liefern Erklärungen für das wechselnde Erscheinungsbild. FOTO: KOCH Bericht Seite 18

Wie die Farbe in den Himmel kommt

Dumm geflogen



Joerg Helge Wagner über das Versagen des Westens in Syrien

Bravo, liebe „westliche Wertegemeinschaft“, das haben deine Führungskräfte prima hinbekommen: In Syrien bombardiert nun der russische Autokrat Putin vornehmlich die pro-westlichen Rebellen, während der türkische Autokrat Erdogan vornehmlich kurdische Stellungen angreifen lässt – gerne auch im Irak. Beide sagen natürlich, dass sie vor allem die Schlichter des Islamischen Staates zurückdrängen wollen. Doch dummerweise sind syrische Rebellen wie kurdische Milizen bislang die einzigen Bodentruppen im Kampf gegen die islamistische Terrortruppe. Und noch dümmere Weise nutzen die russisch-türkischen Luftangriffe nicht nur dem IS, sondern vor allem der mörderischen Diktatur des Assad-Clans.

Vor dessen Folterern und Fassbomben fliehen Millionen Menschen, vornehmlich zu uns. Sie tun das mit jedem Recht der Welt, denn es ist das außenpolitische Versagen Europas und der USA, das die Lage in Syrien erst völlig eskalieren ließ. Ohne Konzept und mit viel Konfusion wurde herumgedoktert. Man redete von roten Linien und Flugverbotszonen – erkennbar ohne jeden Willen, diese auch robust durchzusetzen. Das aber wäre die erste, notwendigste Maßnahme, um Assads Massaker am eigenen Volk wenigstens zu bremsen – und damit auch die Flüchtlingsströme, zumindest jene aus diesem Krisenherd.

Dass sich nun auch noch russische und türkische Kampfjets ins Gehege kommen und gegenseitig mit Abschuss bedrohen, ist ein Treppenwitz mit enormer Sprengkraft: Im Wiederholungsfall lassen sich die russischen Luftraumverletzungen über der Türkei auch als Angriff auf einen Nato-Partner werten. Das würde das Desaster perfekt machen: Zwei autoritäre Staatschefs wollen den Terrorismus bekämpfen, bringen aber schließlich den Planeten an den Rand eines neuen Weltkrieges.

Ja, man muss Putin einbinden – das heißt aber nicht, ihn einfach machen zu lassen. Ja, man muss mit Assad reden – aber nur über die Modalitäten seines Abgangs ins Exil. Vor allem aber muss man endlich wirksam jene unterstützen, auf die man danach setzen will – damit Syrien eben nicht zu einem zweiten Afghanistan wird. **Thema Seite 3 joerg-helge.wagner@weser-kurier.de**

KOPF DES TAGES

Yoko Ono



Happenings in Sachen Frieden sind für Yoko Ono, die Witwe von John Lennon, nichts Neues. Legendär ihr „Bed-In“ mit Lennon 1969 kurz nach der Eheschließung – die beiden präsentierten sich im Namen des Weltfriedens in Schlafanzügen im Bett; wenig später veröffentlichten sie ihren gemeinsamen Song „Give Peace a Chance“. Jetzt plant Yoko Ono an diesem Dienstag ein Happening zu Ehren Lennons, der am 9. Oktober 75 Jahre alt geworden wäre. Im New Yorker Central Park soll das bislang größte aus Menschen geformte Friedenszeichen entstehen. Sie hofft auf bis zu 10000 Teilnehmer, die dann ein Peace-Zeichen bilden, um einen neuen Guinness-Weltrekord aufzustellen.

WETTER

Tagsüber 17° Nachts 13° Niederschlag 80%

Gelegentlich Regen Ausführliches Wetter Seite 8

H 7166 • 28189 BREMEN



Neuer VW-Chef spricht im Werk

Wolfsburg. Erstmals nach seiner Wahl zum VW-Chef will Matthias Müller an diesem Dienstag im Stammwerk des Autobauers in Wolfsburg zu den Mitarbeitern sprechen. Bei der nicht öffentlichen Betriebsversammlung auf dem Werksgelände wird es nur ein Thema geben: Die Krise von Europas größtem Autobauer infolge der weltweiten Abgas-Manipulationen bei rund elf Millionen Diesel-Fahrzeugen.

Auch Konzernbetriebsratschef und VW-Aufsichtsrat Bernd Osterloh wird zu den verunsicherten Beschäftigten sprechen. „Der Informationsbedarf der Mitarbeiter ist sehr groß“, sagte ein Sprecher von Osterloh.

Vor mehr als zwei Wochen war bekannt geworden, dass Volkswagen mit einer speziellen Software die Abgas-Werte bei verschiedenen Modellen im Testbetrieb nach unten korrigiert. Das Eingeständnis der Schuld hatte im Konzern ein Erdbeben ausgelöst – der frühere VW-Chef Martin Winterkorn musste genau wie zahlreiche andere Top-Manager seinen Platz räumen; weltweit drohen Millionenklagen.

Unter den Mitarbeitern hat der Skandal große Verunsicherungen hervorgerufen. Viele bangen nach Jahren des schier grenzenlosen Erfolges um ihre Jobs, fühlen sich vom Management betrogen. Sie erwarten von ihrem neuen Konzernchef Müller nun klare Aussagen zum Ausmaß der Krise und darüber, ob auch Arbeitsplätze in Gefahr sind. **Bericht Seite 15**

POLITIK

Seehofer versetzt Bremen

2 und 9

Horst Seehofer hat seine Teilnahme am Treffen der Ministerpräsidenten in Bremen abgesagt. Ohne den bayerischen Regierungschef dürfte es beim Thema Finanzausgleich kaum Bewegung geben.

DER NORDEN

Die Umgehungsstraße soll weg

14

Der Streit um die illegal gebaute Umgehungsstraße in Bensenziel spitzt sich zu. Ein Landeigentümer, über dessen Grundstück die Straße verläuft, fordert ultimativ den Abriss dieses Teilstücks.

WISSEN

Forscher retten Menschenleben

19

Millionen Menschen verdanken ihr Leben den Forschern Tu Youyou, William Campbell und Satoshi Omura. Sie entdeckten Wirkstoffe gegen Krankheiten wie Malaria. Dafür erhalten sie den Medizin-Nobelpreis.

KULTUR

Henning Mankell ist tot

21

Er war einer der erfolgreichsten Krimiautoren der Welt. Berühmt machten ihn vor allem seine Romane um den mürrischen Kommissar Wallander. Doch Henning Mankell zeichnete viel mehr aus: Sein soziales Engagement reichte über Schweden hinaus bis nach Afrika. Am Montag ist er im Alter von 67 Jahren an Lungenkrebs gestorben.



RUBRIKEN

Familienanzeigen	5	Rätsel & Roman	26
Fernsehen	27	Tipps & Termine	12
Lesermeinung	7	Veranstaltungsanzeigen	6, 10

Bremer Kitas sollen besser werden

Bremen (aki). Will Bremen Armut bekämpfen, so muss die Stadt dringend in die Kinderbetreuung investieren. Laut einer Studie des Instituts Arbeit und Wirtschaft (IAW) hat es das Land jahrelang versäumt, Kindertagesstätten zu Kinder- und Familienzentren weiterzuentwickeln, die Angebote den Bedürfnissen von Eltern und Kindern anzupassen und Erzieherinnen für zusätzliche Aufgaben fit zu machen. Auftraggeber ist die Arbeitnehmerkammer. Bremen habe für Familien in sozial schwachen Stadtteilen so hohe Hürden aufgebaut, dass viele dieser Eltern ihre Kinder lieber zu Hause lassen als sie in eine Krippe oder eine Kindertagesstätte zu geben, sagte René Böhme vom IAW. Frühkindliche Bildung sei jedoch der Schlüssel zu einem höheren Schulabschluss und erhöhe die Chance, der Armut zu entkommen.

Der Wissenschaftler fordert unter anderem mehr Betreuungsplätze in sozial benachteiligten Stadtteilen. Erzieher müssten besser ausgebildet sein und in kleineren Gruppen mehr Zeit für die pädagogische Arbeit haben. Bremen brauche viel mehr Kinder- und Familienzentren mit genügend Räumen und einer entsprechenden personellen Ausstattung. Bildungsministerin Claudia Bogedan sagte, sie wolle bis 2020 nicht nur Betreuungsplätze schaffen und neue Einrichtungen bauen lassen, sondern auch die Qualität im Blick behalten. Sie sprach von einem „Spagat unter knappen Bedingungen“. **Bericht Seite 13**